73.108/1

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag der für die Kinderbetreuung zuständigen Ministerin;

Nach Beratung,

Beschließt:

Die für Kinderbetreuung zuständige Ministerin wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR SCHAFFUNG EINES ZENTRUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR KINDERBETREUUNG

INHALTSANGABE

Vorliegender Dekretvorentwurf schafft ein Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

Das Zentrum wird einerseits Kinderbetreuung anbieten, insbesondere durch einen Tagesmütterdienst, Kinderkrippen und an Standorten der außerschulischen Betreuung. Andererseits wird das Zentrum Aufgaben für die gesamte Kinderbetreuung wahrnehmen, wie beispielsweise die Netzwerkarbeit, die Förderung der Weiterbildung oder die Beratung anderer Dienstleister.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Begründung 4

Allgemeine Erläuterungen 4

Bemerkungen zum Gutachten der Datenschutzbehörde 5

Bemerkungen zum Gutachten der VoG „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“ 5

Kommentar zu den Artikeln 6

Vorentwurf 14

Gutachten der Datenschutzbehörde 30

Gutachten der VoG „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“ 31

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Bereich der Kinderbetreuung hat in den letzten Jahren immer weiter an Bedeutung gewonnen. Im gleichen Maße hat sich auch die VoG „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“, hiernach RZKB genannt, entwickelt, um seiner gesellschaftlichen Rolle, auch in der frühkindlichen Entwicklung, weiterhin gerecht zu werden. Das RZKB treibt seit Jahren seine professionelle Aufstellung voran und ist ein wichtiger Partner der Regierung bei der Umsetzung des Masterplans 2016-2025 für die Kinderbetreuung. Die Regierung ist neben den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ein wesentlicher Partner des RZKB und unterstützt dieses mit beträchtlichen finanziellen Mitteln. Um für die Aktivitäten des RZKB sowie für sein Personal, die konventionierten Tagesmütter/-väter und die Eltern und Kinder in Ostbelgien eine größere Planungssicherheit zu schaffen, soll ein moderner, den heutigen Herausforderungen angepasster, öffentlich-rechtlicher Rahmen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls für eine finanzielle Absicherung der Kinderbetreuung gesorgt werden. Aus diesen Gründen sieht vorliegendes Dekret die Schaffung einer Einrichtung öffentlichen Interesses, dem „Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“, vor. Das Zentrum soll die Aktivitäten des RZKB übernehmen.

Das Zentrum wird einerseits Kinderbetreuung anbieten, insbesondere durch einen Tagesmütterdienst, Kinderkrippen und an Standorten der außerschulischen Betreuung. Andererseits wird das Zentrum Aufgaben für die gesamte Kinderbetreuung wahrnehmen, wie beispielsweise die Netzwerkarbeit, die Förderung der Weiterbildung, die Beratung anderer Dienstleister oder das Erstellen von Stellungnahmen in Bezug auf Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/-vätern und Co-Tagesmüttern/-vätern.

Neben den Aufgaben und der Arbeitsweise des Verwaltungsrats sieht vorliegendes Dekret vor, dass ein Beirat für Kinderbetreuung geschaffen wird. Dieser berät den Verwaltungsrat in seinen Aufgaben. Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat Mitwirkungsgremien schaffen, um das Zusammenwirken aller Beteiligten in den Aufgabenbereichen des Zentrums zu fördern.

Das Dekret regelt die finanzielle Beteiligung der Gemeinden an dem Zentrum. Die bisher mit dem RZKB bestehenden Verträge sollen dadurch ersetzt werden.

Jedem Personalmitglied des RZKB wird ein Arbeitsvertrag bei dem Zentrum angeboten. Die Tagesmütter/-väter des RZKB arbeiten heute in einem besonderen Sozialstatut. Dieses Statut hat insbesondere den Nachteil, dass das Einkommen der Tagesmütter/-väter nicht stabil ist und eine unvollständige soziale Absicherung bietet. Wird ein Kind nicht zur Betreuung gebracht, erhalten sie nur eine sehr geringe Entschädigung. Jedoch kann es in manchen Situationen für die Tagesmutter/-vater interessanter sein, weiterhin als konventionierte Tagesmutter/-vater zu arbeiten. Mit der Schaffung des Zentrums haben deshalb alle konventionierten Tagesmütter/-väter die Wahl als Arbeitnehmer eingestellt zu werden oder als konventionierte Tagesmütter/-väter für das Zentrum zu arbeiten.

Das Dekret regelt die Datenverarbeitung durch das Zentrum im Rahmen seiner Aufträge. Für die Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstleister verarbeitet das Zentrum die Daten in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung. Vorliegendes Dekret aktualisiert die Datenschutzbestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014.

Das Dekret tritt in zwei Phasen in Kraft. Damit die Einrichtung bereits vor der Übernahme ihrer Aufgaben gewisse vorbereitende Tätigkeiten übernehmen kann, wie z.B. den

Personalmitgliedern der VoG RZKB Vertragsangebote machen, wird vorgesehen, dass einige Artikel zum 1. Juni 2023 in Kraft treten, sodass das Zentrum ab Juni 2023 besteht. Die Regierung legt das Inkrafttreten der restlichen Artikel fest. Während des Zeitraums vom 1. Juni 2023 bis zum Inkrafttreten des Dekrets werden die Aufgaben des geschäftsführenden Direktors auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums durch den zu diesem Zeitpunkt verantwortlichen geschäftsführenden Direktor der VoG RZKB ausgeübt.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

In ihrem Gutachten Nr. 221/2022 vom 29. September 2022 teilte die Datenschutzbehörde mit, dass, aufgrund der außerordentlich hohen Auslastung der Behörde, zum vorgelegten Dekretvorentwurf kein spezifisches Gutachten erteilt werden könne und sich die Behörde auf Hinweise und Empfehlungen allgemeiner Art beschränken werde. Die Autoren sind der Ansicht, dass die Bestimmungen des Dekretvorentwurfs den allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER VOG „REGIONALZENTRUM FÜR KLEINKINDBETREUUNG“

In seinem Gutachten vom 27. Oktober 2022 begrüßt die VoG „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“ die Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

In Bezug auf die Allgemeinen Erläuterungen schlägt das RZKB u.a. vor, auch seine Rolle in der frühkindlichen Entwicklung sowie die unvollständige soziale Absicherung der konventionierten Tagesmütter/-väter zu betonen. Dies wird übernommen.

Damit das Zentrum u.a. flexibel bei der Wahl seines Verwaltungsgebäudes ist, wird in Artikel 4, wie vom RZKB vorgeschlagen, festgelegt, dass das Zentrum seinen Sitz nicht notwendigerweise in Eupen, sondern im deutschen Sprachgebiet hat.

Das RZKB schlägt vor in Artikel 6 die Rolle des Zentrums in Bezug auf die selbstständigen Tagesmütter/-väter zu präzisieren. In Artikel 6 wird festgehalten, dass das Erstellen von Stellungnahmen in Bezug auf die Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/vätern und Co-Tagesmüttern/-vätern Aufgabe des Zentrums ist. Darüber hinaus wird dieser Auftrag des Zentrums, so wie bereits heute, per Erlass der Regierung präzisiert.

Weiterhin regt das RZKB an, dass eine Festlegung von Priorisierungskriterien zur Vergabe der Betreuungsplätze durch die Regierung in Absprache mit dem Zentrum erfolgt. Die Regierung wird das Zentrum in dieser Frage konsultieren.

In Bezug auf die Beratung von anderen Dienstleitern wird auf Vorschlag des RZKB festgehalten, dass das Zentrum diese Beratung aktiv anbieten darf und nicht auf einen Antrag des Dienstleisters warten muss. Die Beratung bleibt jedoch ein Angebot. Es steht den Dienstleistern frei davon Gebrauch zu machen.

Das RZKB schlägt außerdem vor, dass in Artikel 8 vorgesehen wird, dass der Vertreter des Beirats für Kinderbetreuung aus deontologischen Gründen nur mit beratender Stimme Mitglied des Verwaltungsrats des Zentrums ist. Die Regierung sieht kein deontologisches Problem in der stimmberechtigten Vertretung des Beirats im Verwaltungsrat. Das Stimmrecht erlaubt dem Beirat eine aktive und entscheidende Rolle im Zentrum einzunehmen.

In Artikel 12 wird, wie vom RZKB vorgeschlagen, festgehalten, dass die Regierung zu jedem Dekretvorentwurf, der das vorliegende Dekret abändert, das Gutachten des Verwaltungsrates einholt. Die Frist zur Abgabe des Gutachtens wird auf 60 Tage festgelegt.

Zu Artikel 14 bis 19 (ehemals Artikel 14) schlägt das RZKB vor, weitere Mitglieder des Beirates dekretal vorzusehen. Die Zusammensetzung, die Bestellung der Mitglieder und die Aufgaben des Beirates werden daraufhin im vorliegenden Dekret geregelt.

In Bezug auf die Ernennung des geschäftsführenden Direktors, festgehalten in Artikel 20 (ehemals Artikel 16), wünscht das RZKB ein Mitspracherecht für den Verwaltungsrat des Zentrums. Ein solches Mitspracherecht ist bereits heute im Statut vorgesehen, das durch Erlass der Regierung auf das Zentrum anwendbar gemacht wird. Die Regierung wird den Direktor erst nach Abschluss der Probezeit ernennen können, wenn die Empfehlung des Verwaltungsrats und die positiven Probezeitberichte des Verwaltungsratspräsidenten vorliegen.

In Bezug auf die Einstellung des Personals und der konventionierten Tagesmütter/-väter des RZKB bei dem Zentrum oder die Beauftragung als konventionierte Tagesmütter/-väter für das Zentrum zu arbeiten, wird auf Vorschlag des RZKB festgelegt, dass das Zentrum allen betroffenen Personen entsprechende Angebote unterbreitet, sodass die Initiative nicht vor den betroffenen Personen ausgehen muss.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel legt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs fest.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel schafft das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung als Einrichtung öffentlichen Interesses.

Artikel 5

Das Zentrum sorgt für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und frühkindliche Entwicklung. Das Zentrum unterstützt, dass Kinderbetreuung durch vielfältige Akteure in vielfältigen Formen angeboten wird.

Artikel 6

Das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung übernimmt einerseits allgemeine Aufgaben für den gesamten Bereich der Kinderbetreuung und andererseits auch Aufgaben als Dienstleister der Kinderbetreuung.

Zu den allgemeinen Aufgaben gehören u.a. die Information der Bevölkerung über die Angebote der Kinderbetreuung, die Netzwerkarbeit in der Kinderbetreuung sowie die Förderung der Inklusion und der frühkindlichen Entwicklung.

Auch wird das Zentrum zuständig für die Begleitung und Beratung der selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter, mit dem Ziel die Kräfte in der Kinderbetreuung zu bündeln, doppelte Strukturen zu vermeiden und so eine spezialisierte Begleitung und Beratung anbieten zu können. Die Anerkennung bleibt weiterhin Aufgabe der Regierung.

In Bezug auf alle Dienstleister wird das Zentrum beauftragt ein pädagogisches Beratungsangebot zu erstellen, dass für die Dienstleister jedoch nicht verpflichtend ist.

Die Aufgaben als Dienstleister umfassen das Anbieten von Kinderbetreuung in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung. Das Zentrum ist zuständig für die Vergabe der Plätze innerhalb seiner eigenen Betreuungsangebote, so wie das RZKB momentan die Plätze innerhalb seiner Betreuungsangebote vergibt. Dies geschieht unter Berücksichtigung der anwendbaren Gesetzgebung, insbesondere der Artikel 5 und 12 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, die einerseits jede Form von Diskriminierung verbieten und andererseits der Regierung die Ermächtigung geben Priorisierungskriterien bei der Vergabe der Betreuungsplätze festzulegen.

Artikel 7

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die in Artikel 6 definierten Aufgaben festlegen kann.

Artikel 8

Durch diesen Artikel wird der Verwaltungsrat geschaffen. Neben den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sind die Krankenkassen, Vertreter der Zivilgesellschaft, die Gemeinden sowie ein Vertreter des in Artikel 14 erwähnten Beirats als stimmberechtigte Mitglieder im Verwaltungsrat vorgesehen.

Neben den dreizehn stimmberechtigten Verwaltungsratsmitgliedern nehmen ebenfalls die Regierungskommissare mit den im Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft definierten Vorrechten, ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der geschäftsführende Direktor des Zentrums an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil.

Artikel 9

Dieser Artikel regelt die Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und definiert die vorschlagsberechtigten Organisationen, die Höchstrepräsentation aller Geschlechter sowie die Unvereinbarkeiten, denen die stimmberechtigten Mitglieder unterworfen sind.

Artikel 10

Diese Bestimmung regelt die Dauer des Mandats eines Mitgliedes und sein eventuelles frühzeitiges Ausscheiden.

Artikel 11

Diese Bestimmung regelt das Anwesenheitsquorum und die Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat. Die Vertretung eines stimmberechtigten Mitgliedes erfolgt durch die Erteilung einer Vollmacht an ein anderes stimmberechtigtes Mitglied.

Artikel 12

Diese Bestimmung definiert den Verwaltungsrat als das oberste Entscheidungsgremium des Zentrums, eröffnet die Möglichkeit der Delegation von Vollmachten und beauftragt die Regierung ein Gutachten des Verwaltungsrats zu jedem Vorentwurf eines Dekrets, der das vorliegende Dekret abändert, einzuholen.

Artikel 13

Dieser Artikel verfügt, dass die Regelung der Funktionsweise des Verwaltungsrats in einer Geschäftsordnung erfolgt.

Artikel 14

Durch diesen Artikel wird ein Beirat für Kinderbetreuung geschaffen.

Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Zusammensetzung des Beirats. Dem Beirat gehören als stimmberechtigte Mitglieder je ein Vertreter

- des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen,
- des Zentrums für Förderpädagogik,
- der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben,
- der Dienstleister (Tagesmütterhäuser, Kinderhorte...),
- der konventionierten Tagesmütter/-väter,
- der in der Kinderbetreuung tätigen Personen des Zentrums, mit Ausnahme der konventionierten Tagesmütter/-väter,
- und der Eltern der betreuten Kinder, an.

Die Regierung wird ein Mitglied des Dachverbands der selbständigen Betreuer für Kindergemeinschaften als Vertreter der Dienstleister bestellen und ein Mitglied der Vereinigung der Tagesmütter Ostbelgiens (VTO) als Vertreter der konventionierten Tagesmütter/-väter bestellen.

Ein Vertreter des Zentrums und ein Vertreter der Regierung werden als beratende Mitglieder des Beirats bestellt.

Artikel 16

Dieser Artikel regelt die Aufgaben des Beirats. Der Beirat gibt aus eigener Initiative oder auf Antrag des Verwaltungsrats Gutachten ab und spricht Empfehlungen aus.

Artikel 17

Dieser Artikel regelt einige Aspekte der Funktionsweise des Beirats und legt fest, dass die übrigen Aspekte, insbesondere die Einberufung des Beirats, in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats geregelt werden.

Artikel 18

Dieser Artikel sieht vor, dass die Mitglieder des Beirats zwar kein Anrecht auf Sitzungsgeld haben, jedoch eine Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen erhalten können.

Artikel 19

Über den in Artikel 14 erwähnten Beirat hinaus, kann der Verwaltungsrat Mitwirkungsgremien schaffen, um das Zusammenwirken aller Beteiligten in den Aufgabenbereichen des Zentrums zu fördern. Diese Gremien dienen zur strukturellen oder punktuellen Unterstützung des Verwaltungsrats in seinen Aufgaben, zur Beratung und Begleitung des Zentrums und zur strukturierten Konsultation der Nutznießer der Dienstleistungen des Zentrums und der Akteure im Bereich der Kinderbetreuung.

Der Verwaltungsrat legt eigenständig die Zusammensetzung und die Aufgaben der Mitwirkungsgremien fest, wobei die dekretal festgelegten Befugnisse des Verwaltungsrats und des Beirats nicht eingeschränkt werden dürfen.

Artikel 20

Die Regierung ernennt den geschäftsführenden Direktor des Zentrums und legt sein Statut fest.

Artikel 21

Dieser Artikel legt die Aufgaben des geschäftsführenden Direktors fest.

Artikel 22

Dieser Artikel macht das Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten auf die Beamten des Zentrums anwendbar.

Artikel 23

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind das Zentrum und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 24

Dieser Artikel legt fest, dass das Zentrum für die Verarbeitung der in Artikel 25 erwähnten Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gilt.

Artikel 25

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die in Zukunft verarbeitet werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Artikel 26

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 27

Dieser Artikel erlaubt es der Regierung gegebenenfalls die nötigen Maßnahmen zur Sicherheit der personenbezogenen Daten festzulegen.

Artikel 28

Dieser Artikel legt fest, dass das Zentrum neben Mitteln aus dem Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch andere Einnahmen wie Schenkungen aber vor allem auch die Beträge der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten annehmen und erhalten kann.

Darüber hinaus legt der Artikel fest, dass sich die Gemeinden jährlich in einer Gesamthöhe von 400.000 Euro an den Kosten des Zentrums beteiligen. Die Verteilung wird durch einen Vertrag zwischen der Regierung, dem Zentrum und den Gemeinden geregelt. Diese Beteiligung soll die heute vertraglich geregelte Beteiligung der Gemeinden an den Kosten des RZKB ersetzen. Während diese heutigen Beteiligungen abhängig von dem Defizit des RZKB sind und steigen, wenn das RZKB neue Betreuungsplätze und -strukturen schafft, ist der Betrag zukünftig unabhängig von diesen Entwicklungen. Der Gesamtbetrag wird lediglich indexiert.

Artikel 29

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung die Höhe der Entschädigungen der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Experten festzulegen. Dieser Artikel ist damit auch Rechtsgrundlage für den Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 30

Dieser Artikel sieht vor, dass die Beitreibung von nichtsteuerlichen Forderungen des Zentrums in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, d.h. die Beträge der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, durch die Generalverwaltung Einnahme und Beitreibung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen vorgenommen werden kann.

Artikel 31

Dieser Artikel sieht vor, dass der Verwaltungsrat ein Inventar aller Immobilien des Zentrums aufstellt und der Regierung übermittelt.

Artikel 32

Für konventionierte Tagesmütter/-väter besteht heute eine Zielgruppenermäßigung, d.h. eine Reduzierung der zu zahlenden Arbeitgeberbeträge. Dies wird durch das Landesamt für Soziale Sicherheit umgesetzt, im Auftrag und zu Lasten des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Da nur das RZKB mit konventionierten Tagesmütter/-väter arbeitet, nutzt nur das RZKB diese Zielgruppenermäßigung. Die Ermäßigung war im Zuge der sechsten Staatsreform übernommen worden.

Da das Zentrum zukünftig eine Dotation erhalten wird, würde dies bedeuten, dass eine Finanzierung über zwei getrennte Rechtsgrundlagen (die Dotation und die Zielgruppenermäßigung) erfolgt. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird die Ermäßigung entsprechend aufgehoben.

Artikel 33

Dieser Artikel legt fest, dass das Dekret über die Haushaltsordnung auch auf das Zentrum Anwendung findet.

Artikel 34

Das Dekret vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung sowie seine Ausführungserlasse legen verschiedene Regeln für die anerkannten Dienstleister fest. Durch diesen Artikel wird das Zentrum den anerkannten Dienstleistern gleichgestellt, sodass diese Regeln auch für das Zentrum gelten, ohne dass das Zentrum ein Anerkennungsverfahren durchlaufen muss. Die Dienstleister des Zentrums, also die Kinderkrippen, Standorte der außerschulischen Betreuung und der Tagesmütterdienst unterliegen jedoch dem normalen Anerkennungsverfahren.

Artikel 35

In Anwendung von Artikel 12 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung kann die Regierung Priorisierungskriterien zur Vergabe von Betreuungsplätzen bei bezuschussten Dienstleistern festlegen. Durch vorliegenden Artikel wird bestimmt, dass die Regierung ebenfalls für das Zentrum Priorisierungskriterien festlegen kann.

Artikel 36

Durch die Artikel 36-39 werden die Datenschutzbestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung ersetzt und erneuert.

Artikel 36 legt fest, dass die Regierung, die Dienstleister sowie die Inspektoren und externen Sachverständigen für die Verarbeitung der in Artikel 37 erwähnten Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten.

Artikel 37

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die in Zukunft verarbeitet werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Artikel 38

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 39

Dieser Artikel erlaubt es der Regierung gegebenenfalls die nötigen Maßnahmen zur Sicherheit der personenbezogenen Daten festzulegen.

Artikel 40

Dieser Artikel sieht vor, dass das Zentrum mit beratender Stimme an den Sitzungen des Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung teilnimmt.

Artikel 41

Dieser Artikel hebt die Ausführungsbestimmung der im Kommentar zu Artikel 32 erwähnten Zielgruppenermäßigung für konventionierte Tagesmütter/-väter auf.

Artikel 42

Das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung übernimmt die Aktivitäten der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“ (RZKB). Die Übernahme verschiedener Rechte, Pflichten, Güter und Lasten wird formal in einer Vereinbarung mit dem RZKB zu regeln sein, unbeschadet weiterer Formalitäten (wie beispielsweise die notarielle Beurkundung bei der Übertragung von Immobilien).

In Abweichung hiervon sieht der Artikel vor, dass die Personalmitglieder des RZKB, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets in einem Beschäftigungsverhältnis mit diesem befinden, auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt werden und, dass sie in diesem Fall mindestens das Besoldungspaket, das sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets hatten, behalten.

Weiterhin sieht der Artikel vor, dass die konventionierten Tagesmütter/-väter auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt werden oder als konventionierte Tagesmütter/-väter arbeiten.

Schließlich sieht der Artikel vor, dass der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets verantwortliche geschäftsführende Direktor des RZKB für eine Übergangszeit von höchstens drei Jahren die Aufgaben des geschäftsführenden Direktors des Zentrums übernimmt, um kurzfristig die Kontinuität in der Leitung der neuen Einrichtung zu sichern. Während dieses Zeitraums wird das Zentrum die statutarische Stelle des Direktors gemäß den geltenden dienstrechtlichen Bestimmungen und mittels eines entsprechenden SELOR-Verfahrens ausschreiben und besetzen können. Der erwähnte Direktor des RZKB wird sich zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich auch um diese Stelle bewerben können, insofern er die statutarischen Bedingungen erfüllt.

Während des Zeitraums vom 1. Juni 2023 bis zum Inkrafttreten des Dekrets werden die Aufgaben des geschäftsführenden Direktors auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums durch den zu diesem Zeitpunkt verantwortlichen geschäftsführenden Direktor der VoG RZKB ausgeübt. Dies erfolgt unentgeltlich, bzw. im Rahmen der Tätigkeit und Entlohnung als Direktor der VoG RZKB.

Artikel 43

Dieser Artikel sieht vor, dass die Dienstleister des RZKB, die anerkannt sind, unbeschadet der Übernahme durch das Zentrum weiterhin als anerkannt gelten.

Artikel 44

Dieser Artikel sieht vor, dass das Zentrum keine Zuschüsse auf Grundlage des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung erhalten kann, da es eine Dotation erhalten wird.

Artikel 45

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs fest. Damit die Einrichtung bereits vor der Übernahme der in Artikel 6 definierten Aufgaben gewisse vorbereitende Tätigkeiten übernehmen kann, wie z.B. den Personalmitgliedern der VoG RZKB

Vertragsangebote machen, wird vorgesehen, dass einige Artikel zum 1. Juni 2023 in Kraft treten, sodass das Zentrum ab Juni 2023 besteht. Die Regierung legt des Inkrafttretens der restlichen Artikel fest.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
LYDIA KLINKENBERG

Lydia
Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2023.02.14 08:51:50 +01'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Beirat: der in Artikel 14 des vorliegenden Dekrets erwähnte Beirat für Kinderbetreuung;

2. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);

3. Dienstleister: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung die natürliche oder juristische Person beziehungsweise nichtrechtsfähige Vereinigung, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich eine Kinderbetreuung anbietet;

4. in der Kinderbetreuung tätige Person: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung die natürliche Person, die als Dienstleister oder im Auftrag eines Dienstleisters tätig ist und selbst Kinder betreut oder unmittelbar und regelmäßig mit betreuten Kindern in Kontakt kommt;

5. Kinderkrippe: Dienstleister, der Kleinkindbetreuung in kollektiver Form gewährleistet, wobei die Regierung eine Mindestaufnahmekapazität festlegt;

6. konventionierte/r Tagesmutter/-vater: in der Kinderbetreuung tätige Person, die im Auftrag eines Tagesmütterdienstes, ohne durch einen Arbeitsvertrag an diesen Dienst gebunden zu sein oder einem statutarischen Dienstverhältnis zu unterliegen, vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;

7. selbstständige/r Tagesmutter/-vater: Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätige Person, die selbstständig im Rahmen eines Betreuungsvertrags vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;

8. selbstständige Co-Tagesmütter/-väter: nichtrechtsfähige Vereinigung von höchstens drei bereits anerkannten selbstständigen Tagesmüttern/-vätern an einem Ort zur gemeinsamen Kinderbetreuung;

9. Standort der außerschulischen Betreuung: Dienstleister, der Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeit sowie an pädagogischen Konferenztagen gewährleistet;

10. Tagesmütterdienst: Dienstleister, der vorrangig Kleinkindbetreuung und gegebenenfalls außerschulische Betreuung am Wohnort des Betreuungspersonals oder durch konventionierte Tagesmütter/-väter gewährleistet;

11. Zentrum: das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

KAPITEL 2 – SCHAFFUNG DES ZENTRUMS

Art. 4 - Schaffung

Es wird ein Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffen.

Das Zentrum besitzt die Rechtspersönlichkeit einer Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets.

Das Zentrum hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet.

KAPITEL 3 – AUFGABEN DES ZENTRUMS

Art. 5 – Grundsatz der Vielfalt

Im Rahmen des vorliegenden Dekrets stellt das Zentrum sicher, dass qualitativ hochwertige und auf wissenschaftlichen Standards beruhende Kinderbetreuung und frühkindliche Entwicklung sowie Pluralität und Vielfalt in der Kinderbetreuung die Grundlage der Ausübung seiner Aufgaben bilden.

Art. 6 – Aufgaben

Das Zentrum nimmt folgende allgemeine Aufgaben wahr:

1. die allgemeine Information der Bevölkerung über die Maßnahmen und Angebote im Bereich der Kinderbetreuung;
2. Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Kinderbetreuung;
3. aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung die Ausarbeitung von Bedarfsanalysen und sich daraus ergebenden Empfehlungen zur Anpassung des Angebots;
4. die Förderung und die Begleitung des Informationsaustauschs und der Netzwerkarbeit zwischen den Dienstleistern;
5. die Durchführung oder Beauftragung von Studien und Untersuchungen im Bereich der Kinderbetreuung;
6. die Förderung der Fort- und Weiterbildung für die in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
7. im Auftrag der Regierung die Wahrnehmung der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in belgischen, europäischen oder internationalen Gremien sowie das Abschließen von Kooperationsvereinbarungen mit Behörden und Einrichtungen im In- und Ausland;
8. die Begleitung und Beratung der selbstständigen Tagesmütter/-väter und selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, insbesondere vor Aufnahme ihrer Betreuungstätigkeit, in Bezug auf die räumliche Gestaltung der Betreuungsräumlichkeiten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, auf die Ausarbeitung ihres pädagogischen Betreuungskonzeptes sowie auf die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen;
9. Stellungnahmen in Bezug auf die Anerkennungen bzw. in Bezug auf die Aufrechterhaltung, die Verlängerung, die Abänderung, die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/vätern und Co-Tagesmüttern/-vätern durch die Regierung zu erstellen;

10. eine pädagogische Beratung der Dienstleister anbieten;
11. die Förderung der Inklusion in der Kinderbetreuung;
12. die Förderung der frühkindlichen Entwicklung in der Kinderbetreuung.

Das Zentrum nimmt folgende Aufgaben als Dienstleister wahr:
1. die Kinderbetreuung in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, insbesondere durch Tagesmütterdienste, Kinderkrippen und Standorte der außerschulischen Betreuung;
2. das Durchführen von innovativen Pilotprojekten im Bereich der Kinderbetreuung;
3. das Sichern des Qualitäts- und Beschwerdemanagements der eigenen Dienstleistungen;
4. die Vergabe der Betreuungsplätze an die Erziehungsberechtigten in den Betreuungsangeboten des Zentrums.

Zur Erfüllung des Auftrags arbeitet das Zentrum mit allen im Bereich der Kinderbetreuung tätigen Partnern eng zusammen.

Die Regierung kann das Zentrum damit beauftragen, zusätzliche Aufträge auszuführen, insofern diese den im vorliegenden Dekret definierten Zuständigkeitsbereich des Zentrums betreffen.

Art. 7 – Durchführung der Aufgaben

Die Regierung kann weitere Rahmenbedingungen, einschließlich eventueller Verfahrensbestimmungen, für die Durchführung der im vorliegenden Kapitel erwähnten Aufgaben festlegen.

KAPITEL 4 – VERWALTUNG DES ZENTRUMS

Abschnitt 1 - Verwaltungsrat

Art. 8 - Zusammensetzung

§1 – Der Verwaltungsrat des Zentrums setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:
1. zwei Vertretern der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
2. zwei Vertretern der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. drei Vertretern der Krankenkassen;
4. vier Vertretern der Zivilgesellschaft;
5. einem Vertreter der Gemeinden;
6. einem Vertreter des in Artikel 14 erwähnten Beirats.

Dem Verwaltungsrat gehören mit beratender Stimme an:
1. die in Artikel 88 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Regierungskommissare;
2. ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. der geschäftsführende Direktor des Zentrums, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung.

Der Verwaltungsrat kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen hinzuziehen.

§2 – Der Verwaltungsrat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Art. 9 - Bestellung der Mitglieder

Die Regierung bestellt:

1. die in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
2. die in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. die in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Krankenkassen;
4. die in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Mitglieder;
5. das in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Mitglied auf Vorschlag der Gemeinden;
6. das in Artikel 8 §1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte Mitglied auf Vorschlag des Beirats.

Von den in Artikel 8 §1 Absatz 1 angeführten Mitgliedern dürfen nicht mehr als zwei Drittel gleichen Geschlechts sein.

Die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrats ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenkammer, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalparlaments oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Verwaltungsrats nicht Provinzgouverneur oder Personalmitglied des Zentrums sein, unbeschadet des Artikels 8 §1 Absatz 2 Nummer 3.

Art. 10 - Mandatsdauer

Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden. Ein Mitglied kann nicht für zwei aufeinanderfolgende Mandate als Vertreter des Beirats bestellt werden.

Das Mandat der Mitglieder des Verwaltungsrats endet mit dem Ableben, dem freiwilligen Rücktritt, dem Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte, dem Verlust des Mandats der vorschlagsberechtigten Vereinigungen, Einrichtungen oder Dienste bzw. entsprechender Gruppierungen oder wenn eine der in Artikel 9 Absatz 2 vorgesehenen Unvereinbarkeiten eintritt.

Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandates aus dem Verwaltungsrat ausscheidet, wird ersetzt. Das neue Mitglied beendet das Mandat seines Vorgängers.

Art. 11 - Beschlussfassung

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender oder vertretender stimmberechtigter Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 12 - Aufgaben

Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung des Zentrums erforderlich sind. Er sorgt für das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements.

Er kann dem geschäftsführenden Direktor oder anderen Personalmitgliedern des Zentrums in seiner Geschäftsordnung Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Die Regierung holt zu jedem Dekretentwurf, der dieses Dekret abändert das Gutachten des Verwaltungsrats ein. Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von 60 Tagen nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

Art. 13 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Abschnitt 2 – Beirat für Kinderbetreuung und Mitwirkungsgremien

Art. 14 – Schaffung eines Beirats für Kinderbetreuung

Es wird ein Beirat für Kinderbetreuung geschaffen.

Art. 15 – Zusammensetzung des Beirats

§1 – Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:
1. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
2. ein Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. ein Vertreter des Zentrums für Förderpädagogik;
4. ein Vertreter der Dienstleister in der Kleinkindbetreuung, mit Ausnahme des Zentrums;
5. ein Vertreter der konventionierten Tagesmütter/-väter;
6. ein Vertreter der in der Kinderbetreuung tätigen Personen des Zentrums, mit Ausnahme der konventionierten Tagesmütter/-väter;
7. ein Vertreter der Eltern der betreuten Kinder.

Dem Beirat gehören mit beratender Stimme an:
1. ein Vertreter des Zentrums;
2. ein Vertreter der Regierung.

Das Zentrum sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Beirates.

§2 – Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Vorsitzenden.

§3 – Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in §1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Beirat vertretenen Einrichtungen bestellt.

§4 - Die Mitglieder des Beirats werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds auf Antrag der betreffenden Einrichtung vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden.

Bei Ausscheiden eines Mitglieds beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

§5 – Der Beirat kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Beirats hinzuziehen.

Art. 16 – Aufgaben des Beirats

Der Beirat hat folgende Aufgaben:
1. unbeschadet der Zuständigkeit anderer durch die Regierung eingesetzter Gremien, aus eigener Initiative oder auf Antrag des Verwaltungsrats, die Abgabe von Gutachten oder Empfehlungen in Bezug auf die Angelegenheiten, die durch vorliegendes Dekret geregelt werden;
2. auf Antrag des Verwaltungsrats die Begutachtung von allen Angelegenheiten, die sich auf die Befugnisse zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung des Anwendungsbereichs des Dekrets und seiner Ausführungserlasse beziehen.

Art. 17 – Funktionsweise des Beirats

Die in Artikel 13 erwähnte Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regelt die die Funktionsweise des Beirats. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere die Einberufung der Sitzungen des Beirats.

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der bestellten Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender oder vertretender Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Beirats werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 18 – Entschädigungen

Die Mitglieder des Beirats erhalten kein Sitzungsgeld. Sie haben Anrecht auf Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

Art. 19 – Schaffung von Mitwirkungsgremien

Der Verwaltungsrat kann Mitwirkungsgremien schaffen, die ihn in seinen Aufgaben beraten und begleiten.

Der Verwaltungsrat legt die Zusammensetzung und die Aufgaben der Mitwirkungsgremien fest, wobei die dekretal festgelegten Befugnisse des Verwaltungsrats und des Beirats nicht eingeschränkt werden dürfen.

Abschnitt 3 - Geschäftsführender Direktor und Personal

Art. 20 - Ernennung

Die Regierung ernennt den geschäftsführenden Direktor des Zentrums und legt sein Statut fest.

Art. 21 - Aufgaben

Der geschäftsführende Direktor führt die Beschlüsse des Verwaltungsrats aus. Er leitet das Personal und sorgt im Rahmen der ihm durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats erteilten Vollmachten für die tägliche Verwaltung des Zentrums.

Der geschäftsführende Direktor bereitet die Versammlungen des Verwaltungsrats vor, erteilt diesem alle Auskünfte und unterbreitet ihm alle Vorschläge, die für das Funktionieren des Zentrums von Nutzen sind.

Der geschäftsführende Direktor vertritt das Zentrum in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Mit dem Einverständnis des Verwaltungsrats kann er einem oder mehreren Personalmitgliedern Teile seiner Befugnisse übertragen.

Bei begründeter Dringlichkeit und innerhalb der durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegten Grenzen übt der geschäftsführende Direktor die Befugnisse des Verwaltungsrats aus. Er erstattet dem Verwaltungsrat bei dessen nächstfolgender Sitzung darüber Bericht.

Art. 22 - Pension

Die Beamten des Zentrums, einschließlich des geschäftsführenden Direktors, unterliegen dem Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten.

KAPITEL 5 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 23 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Zentrum sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut wurden, vertraulich zu behandeln.

Art. 24 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Zentrum ist für die Verarbeitung der in Artikel 25 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Es gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Das Zentrum darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als der Ausführung ihrer gesetzlichen und dekretalen Aufträge im Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 25 - Datenkategorien

§1 – Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Zweck der Förderung der Fort- und Weiterbildung in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 8 erwähnten Zweck der Beratung und Begleitung der selbstständigen Tagesmütter/-väter und Co-Tagesmütter/-väter vor Aufnahme ihrer Betreuungstätigkeit in Bezug auf diese selbstständigen Tagesmütter/-väter und selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 erwähnten Zweck des Erstellens von Stellungnahmen in Bezug auf die Anerkennungen bzw. in Bezug auf die Aufrechterhaltung, die Verlängerung, die Abänderung, die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/vätern und Co-Tagesmüttern/-vätern durch die Regierung verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
d) Daten zur Gesundheit;
e) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;
f) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
d) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;
e) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
3. in Bezug auf die selbstständigen Tagesmütter/-väter und Co-Tagesmütter/-väter sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;
d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
e) Daten zu vorherigen oder sonstigen beruflichen und außerberuflichen Tätigkeiten;
f) Daten zur Gesundheit;
g) besonders schützenswerte Daten;
h) gerichtliche Daten;
i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
4. in Bezug auf volljährige Personen, die dem Haushalt der in der Kinderbetreuung tätigen Person angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet.
a) Daten zur Identität;

b) Daten zur Gesundheit;
c) Gerichtliche Daten.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 10 erwähnten Zweck der pädagogischen Beratung der Dienstleister in Bezug auf die Personalmitglieder des Zentrums und die in der Kinderbetreuung tätigen Personen verarbeiten;
1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung.

Die im Rahmen der in Artikel 6 Absatz 2 erwähnten Aufgaben verarbeiteten personenbezogenen Daten werden gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung verarbeitet.

§2 – Die Regierung kann die in den Absätzen 1 bis 4 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 26 - Dauer der Datenverarbeitung

Die gemäß Artikel 24 verarbeiteten Daten dürfen höchstens zwei Jahre nach dem Ende der Tätigkeit der in Artikel 25 Absätze 1 bis 4 erwähnten Personen in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 27 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 6 – FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Art. 28 - Finanzmittel des Zentrums

§1 – Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt das Zentrum über die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel. Das Zentrum darf Schenkungen und Legate annehmen und jede andere Einnahme erhalten.

Die im vorliegenden Dekret aufgeführten Leistungen des Zentrums werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erbracht.

§2 – Die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zahlen eine jährliche Beteiligung in einer Gesamthöhe von 400.000 Euro an das Zentrum. Die Verteilung dieses Betrags unter den Gemeinden wird in einem Vertrag zwischen der Regierung, dem Zentrum und den Gemeinden festgelegt.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird jährlich der Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindexes des betroffenen Haushaltsjahrs angepasst.

Art. 29 - Entschädigungen

Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen fest, die den Mitgliedern des Verwaltungsrats sowie den Experten gewährt werden.

Art. 30 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Das Zentrum kann die in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung einzufordernden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beitreiben.

Art. 31 – Inventar der Immobilien

Der Verwaltungsrat stellt ein Inventar aller Immobilien des Zentrums mit Vermerk über deren Herkunft und Bestimmung auf. Er übermittelt dieses Inventar der Regierung.

Die Regierung legt die Modalitäten bezüglich der Aufstellung dieses Inventars fest.

Das Inventar wird vom Verwaltungsrat laufend aktualisiert. Jede Änderung oder Anpassung wird jährlich zusammen mit dem Haushaltsvorschlag dem Regierungskommissar mitgeteilt, der diese Unterlagen an die Regierung weiterleitet.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 32 – Abänderungsbestimmung

Artikel 353bis/12 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 33 – Abänderungsbestimmung

Artikel 87 §2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 31. März 2014 und vom 13. Dezember 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

Art. 34 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 6 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 gilt das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung von Rechts wegen als anerkannt."

Art. 35 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 12 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen das Wort „Dienstleistern" und das Wort „Priorisierungskriterien" die Wortfolge „und dem Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung" eingefügt.

Art. 36 – Abänderungsbestimmung

Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 15 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung, die Dienstleister sowie die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung gelten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung:

1. die Regierung für die Erfüllung der Kapitel 2 und in den Artikeln 12, 16 und 16.5 erwähnten Aufgaben;
2. die Dienstleister für die Erfüllung der in Kapitel 2 und den Artikeln 12 und 16 erwähnten Aufgaben;
3. die Inspektoren und externen Sachverständigen für die Erfüllung der in Artikel 17 erwähnten Aufgaben.

Die Regierung, die Dienstleister, die Inspektoren und die externen Sachverständigen dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.“

Art. 37 – Abänderungsbestimmung

In Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 15.1 eingefügt:

„Art. 15.1 - Datenkategorien

Die Regierung kann gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Erteilung, Aussetzung und des Entzugs von Anerkennungen gemäß Kapitel 2, der Kontrolle der Zuschussbedingungen gemäß Artikel 12, des Beschwerdemanagements gemäß Artikel 16 und der Gewährung der in Artikel 16.5 erwähnten Bescheinigung zur Steuerermäßigung verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
d) Daten zur Gesundheit;
e) Daten zur sozialen Situation;
f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;
i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;
h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Absatz 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben;

4. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverfahren befinden:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;

d) Daten zum Arbeitsverhältnis;

e) Daten zu vorherigen oder sonstigen beruflichen und außerberuflichen Tätigkeiten;

f) Daten zur Gesundheit;

g) besonders schützenswerte Daten;

h) gerichtliche Daten;

i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

5. in Bezug auf Personalmitglieder der Dienstleister, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

c) Daten zum Arbeitsverhältnis;

6. in Bezug auf volljährige Personen, die dem Haushalt der in der Kinderbetreuung tätigen Person angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet.

a) Daten zur Identität;

b) Daten zur Gesundheit;

c) Gerichtliche Daten.

Die Dienstleister können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Organisation und der Verwaltung des Angebots einer Kinderbetreuung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;

d) Daten zur Gesundheit;

e) Daten zur sozialen Situation;

f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;

i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;

d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;

e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;

h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Absatz 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben.

Die Dienstleister können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Überprüfung der Einhaltung der Bedingungen zum Erhalt oder der Aufrechterhaltung der gemäß Kapitel 2 beantragten Anerkennung und zur Kontrolle der Zuschussbedingungen verarbeiten:

1. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverfahren befinden:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;

d) Daten zum Arbeitsverhältnis;

e) Daten in Bezug vorherige und sonstige berufliche und außerberufliche Tätigkeiten;

f) Daten zur Gesundheit;

g) besonders schützenswerte Daten;

h) gerichtliche Daten;

i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

2. in Bezug auf Personalmitglieder, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

c) Daten zum Arbeitsverhältnis;

3. in Bezug auf volljährige Personen, die dem Haushalt der in der Kinderbetreuung tätigen Person angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet:

a) Daten zur Identität;

b) Daten zur Gesundheit;

c) Gerichtliche Daten.

Die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der gemäß Artikel 17 durchgeführten Begleitung, Beratung und Kontrolle verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;

d) Daten zur Gesundheit;

e) Daten zur sozialen Situation;

f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;

i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die Nationalregisternummer;

c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;

d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuungen;
h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Absatz 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben.

4. in Bezug auf Personalmitglieder der Dienstleister, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben
b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

5. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverhältnis befinden:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) die Nationalregisternummer;
c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
e) Daten zur Gesundheit der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
f) besonders schützenswerte Daten der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
g) gerichtliche Daten der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
j) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
k) Daten zum Wohnort, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;

6. in Bezug auf volljährige Personen, die dem Haushalt angehören der in der Kinderbetreuung tätigen Person und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet.
a) Daten zur Identität;
b) Daten zur Gesundheit;
c) Gerichtliche Daten.

Die Regierung kann die in den Absätzen 1 und 4 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 38 – Abänderungsbestimmung

In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.2 eingefügt:
„Art. 15.2 - Dauer der Datenverarbeitung

Die gemäß Artikel 15.1 verarbeiteten Daten dürfen höchstens während 10 Jahren nach Beendigung der Kinderbetreuung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.“

Art. 39 – Abänderungsbestimmung

In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.3 eingefügt:
„Art. 15.3 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest."

Art. 40 – Abänderungsbestimmung

Artikel 16.2 §2 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

„5. ein Vertreter des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

Art. 41 - Abänderungsbestimmung

Artikel 28/13 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 42 – Übergangsbestimmung

§1 – Die Personalmitglieder der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung", die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets in einem Beschäftigungsverhältnis mit dieser befinden, werden auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt.

In Abweichung von Absatz 1 werden die konventionierten Tagesmütter/-väter, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets auf Grundlage des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung zugelassen sind, auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums entweder bei dem Zentrum als unter Vertrag eingestellt oder arbeiten im Auftrag des Zentrums als konventionierte Tagesmütter/-väter.

§2 – Unbeschadet der aufgrund von Artikel 102 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Regierung festgelegten dienstrechtlichen Bestimmungen behalten die in §1 Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder in diesem Fall mindestens das Besoldungspaket, das sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets hatten.

§3 – Der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets verantwortliche geschäftsführende Direktor der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" wird auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt, um für die Dauer von höchstens drei Jahren von Amts wegen die in Artikel 21 aufgeführten Aufgaben des geschäftsführenden Direktors des Zentrums wahrzunehmen.

Während des Zeitraums vom 1. Juni 2023 bis zum Inkrafttreten des Dekrets werden die in Artikel 21 aufgeführten Aufgaben des geschäftsführenden Direktors unentgeltlich und auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums durch den zu diesem Zeitpunkt verantwortlichen geschäftsführenden Direktor der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" ausgeübt.

In Ermangelung der Annahme des in Absatz 2 erwähnten Angebots übt der Vorsitzende des Verwaltungsrats für den in Absatz 2 erwähnten Zeitraum die in Artikel 21 aufgeführten Aufgaben des geschäftsführenden Direktors aus.

Art. 43 – Übergangsbestimmung

Die gemäß den Artikeln 7 und 8 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung anerkannten Kinderkrippen, Standorte der außerschulischen Betreuung und Tagesmütterdienste der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung“ gelten unbeschadet der Bestimmungen dieses Dekrets und seiner Ausführungserlasse weiterhin als anerkannt.

Art. 44 – Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 12 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung kann das Zentrum im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel keine Zuschüsse im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung erhalten.

Art. 45 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt an einem von der Regierung festzulegenden Datum in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 1 bis 5, 8 bis 27 und 33, die am 1. Juni 2023 in Kraft treten

Eupen, den …

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2023.02.14 08:53:24 +01'00'

GUTACHTEN NR. 221/2022 DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

Als Anlage separat beigefügt.

GUTACHTEN DER VOG „REGIONALZENTRUM FÜR KLEINKINDBETREUUNG“

Als Anlage separat beigefügt.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit:

De minister bevoegd voor kinderopvang is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET TOT OPRICHTING VAN EEN CENTRUM VOOR KINDEROPVANG VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

INHOUD

Bij dit voorontwerp van decreet wordt een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht.

Enerzijds zal het centrum kinderopvang aanbieden, in het bijzonder via een dienst voor onthaalouders, via crèches en via locaties voor buitenschoolse opvang. Anderzijds zal het centrum taken vervullen voor de gehele kinderopvangsector, bijvoorbeeld netwerken, voortgezette opleidingen ondersteunen of advies verlenen aan andere dienstverrichters.

INHOUDSOPGAVE

Pagina

Memorie van toelichting 4

Algemene toelichting 4

Opmerkingen bij het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit ..... 5°

Opmerkingen bij het advies van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung.....5

Bespreking van de artikelen 6

Voorontwerp 14

Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit..... 30

Advies van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung 31

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Kinderopvang is de laatste jaren steeds belangrijker geworden. De vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, hierna: het RZKB, heeft gelijke tred gehouden met die ontwikkeling om haar maatschappelijke rol te kunnen blijven vervullen, ook op het gebied van vroegkinderlijke ontwikkeling. Het RZKB maakt al jaren werk van professionalisering en is voor de Regering een belangrijke partner bij de uitvoering van het masterplan 2016-2025 voor de kinderopvang. De Regering is, samen met de gemeenten van het Duitse taalgebied, een essentiële partner van het RZKB en ondersteunt het RZKB met aanzienlijke financiële middelen. Om meer planningszekerheid te creëren voor de activiteiten van het RZKB, voor zijn personeel, voor de aangesloten onthaalouders en voor de ouders en kinderen in Oost-België, moet een modern publiekrechtelijk kader worden gecreëerd dat aangepast is aan de uitdagingen van vandaag. In dat verband moet ook voor een financiële bescherming van de kinderopvang worden gezorgd. Daarom wordt bij dit decreet een instelling van openbaar nut opgericht: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap. Het centrum moet de activiteiten van het RZKB overnemen.

Enerzijds zal het centrum kinderopvang aanbieden, in het bijzonder via een dienst voor onthaalouders, via crèches en via locaties voor buitenschoolse opvang. Anderzijds zal het centrum taken uitvoeren voor de hele kinderopvangsector, zoals het netwerken, het bevorderen van voortgezette opleidingen, het adviseren van andere dienstverrichters of het opstellen van adviezen inzake erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders.

Dit decreet regelt de taken en de werking van de raad van bestuur en voorziet in de oprichting van een adviescommissie voor de kinderopvang. Deze adviseert de raad van bestuur bij zijn taken. Voorts kan de raad van bestuur inspraakorganen oprichten om de samenwerking van alle betrokkenen op de werkterreinen van het centrum te bevorderen.

Het decreet regelt de financiële participatie van de gemeenten in het centrum. De bestaande RZKB-overeenkomsten moeten daardoor worden vervangen.

Elk personeelslid van het RZKB krijgt een arbeidsovereenkomst met het centrum aangeboden. De onthaalouders van het RZKB werken nu onder een bijzonder sociaal statuut. Dat statuut heeft vooral als nadeel dat het inkomen van de onthaalouders niet stabiel is en dat het te weinig sociale bescherming biedt. Als een kind niet naar de opvang wordt gebracht, krijgen ze een zeer lage vergoeding. In sommige situaties kan het voor onthaalouders echter interessanter zijn om te blijven werken als aangesloten onthaalouder. Met de oprichting van het centrum krijgen daarom alle aangesloten onthaalouders de kans om te kiezen of ze in dienst willen worden genomen als werknemer, dan wel of ze als aangesloten onthaalouder voor het centrum willen werken.

Het decreet regelt hoe het centrum in het kader van zijn opdrachten gegevens verwerkt. Voor de uitoefening van de taken als dienstverrichter verwerkt het centrum de gegevens met toepassing van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang. Bij dit decreet worden de bepalingen inzake gegevensbescherming van het decreet van 31 maart 2014 bijgewerkt.

Het decreet treedt in twee fasen in werking. Opdat het centrum reeds enige voorbereidingen kan treffen voordat het zijn taken opneemt, bijvoorbeeld de personeelsleden van de vzw RZKB een arbeidsovereenkomst aanbieden, is het de bedoeling dat sommige artikelen op 1 juni 2023 in werking treden, zodat het centrum bestaat vanaf juni 2023. De Regering bepaalt wanneer de andere artikelen in werking treden. Gedurende de periode van 1 juni 2023 tot de inwerkingtreding van het decreet worden de taken van de afgevaardigd directeur uitgeoefend door de op dat moment

verantwoordelijke afgevaardigd directeur van de vzw RZKB op basis van een desbetreffend aanbod van het centrum.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT

In haar advies 221/2022 van 29 september 2022 deelde de Gegevensbeschermingsautoriteit mee dat ze wegens de uitzonderlijk hoge werklast geen specifiek advies kon geven over het ingediende voorontwerp van decreet en dat ze zich beperkte tot aanwijzingen en aanbevelingen van algemene aard. De auteurs zijn van mening dat het voorontwerp van decreet voldoet aan de algemene vereisten inzake gegevensbescherming.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE VZW REGIONALZENTRUM FÜR KLEINKINDBETREUUNG

In zijn advies van 27 oktober 2022 juicht de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung het toe dat een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgericht.

Wat de algemene toelichting betreft, stelt het RZKB onder meer voor om ook te wijzen op zijn rol in de vroegkinderlijke ontwikkeling en op de ontoereikende sociale bescherming van de aangesloten onthaalouders. Dat voorstel wordt aangenomen.

Opdat het centrum onder meer flexibel is bij het kiezen van zijn administratief gebouw, wordt, zoals voorgesteld door het RZKB, in artikel 4 bepaalt dat het centrum niet noodzakelijk in Eupen, maar in het Duitse taalgebied gevestigd is.

Het RZKB stelt voor om in artikel 6 te verduidelijken welke rol het centrum ten aanzien van de zelfstandige onthaalouders vervult. In artikel 6 wordt bepaald dat het centrum tot taak heeft adviezen op te stellen over de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders. Bovendien zal die opdracht van het centrum bij een besluit van de Regering worden gepreciseerd, zoals nu reeds het geval is.

Voorts stelt het RZKB voor dat de Regering, in overleg met het centrum, prioriteitscriteria vastlegt voor de toewijzing van kinderopvangplaatsen. De Regering zal het centrum hierover raadplegen.

Wat de adviesverlening door andere dienstverrichters betreft, wordt op voorstel van het RZKB bepaald dat het centrum die adviesverlening actief mag aanbieden en niet op een aanvraag van de dienstverrichters hoeft te wachten. De adviesverlening blijft echter een aanbod. Het staat dienstverrichters vrij om daarvan gebruik te maken.

Voorts stelt het RZKB voor in artikel 8 te bepalen dat de vertegenwoordigers van de adviescommissie voor kinderopvang om deontologische reden slechts een raadgevende stem als lid van de raad van bestuur van het centrum krijgen. De Regering ziet geen deontologisch probleem in de stemgerechtigde vertegenwoordiging van de adviescommissie in de raad van bestuur. Het stemrecht biedt de adviescommissie de mogelijkheid een actieve en beslissende rol in het centrum te vervullen.

Zoals voorgesteld door het RZKB, wordt in artikel 12 bepaald dat de Regering het advies van de raad van bestuur inwint over elk voorontwerp van decreet waarbij dit decreet wordt gewijzigd. De termijn voor het geven van het advies wordt vastgelegd op 60 dagen.

Wat de artikelen 14 tot 19 (oud artikel 14) betreft, stelt het RZKB voor om nog meer leden van de adviescommissie decretaal vast te leggen. Vervolgens worden de samenstelling, de aanwijzing van de leden en de taken van de adviescommissie in dit decreet geregeld.

Wat de benoeming van de afgevaardigd directeur betreft, bepaald in artikel 20 (oud artikel 16), wil het RZKB dat de raad van bestuur van het centrum inspraak krijgt. Een dergelijk inspraakrecht bestaat al in het statuut dat bij besluit van de Regering van toepassing zal worden op het centrum. De Regering

zal de directeur pas na afloop van de proeftijd kunnen benoemen, nadat de aanbeveling van de raad van bestuur en de positieve proeftijdverslagen van de voorzitter van de raad van bestuur zijn ingediend.

Met betrekking tot de indienstneming van het RZKB-personeel en de aangesloten onthaalouders van het RZKB bij het centrum of de opdracht om als aangesloten onthaalouder voor het centrum te werken, is op voorstel van het RZKB bepaald dat het centrum aan alle betrokkenen een desbetreffend aanbod doet, zodat het initiatief niet van de betrokkenen uit hoeft te gaan.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel bepaalt het toepassingsgebied van het ontwerp van decreet.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen van het ontwerp van decreet gedefinieerd; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 4

Bij dit artikel wordt het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht als een instelling van openbaar nut.

Artikel 5

Het centrum zorgt voor kwalitatief hoogstaande kinderopvang en vroegkinderlijke ontwikkeling. Het centrum ondersteunt het feit dat kinderopvang wordt aangeboden door verschillende actoren in verschillende vormen.

Artikel 6

Het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap vervult enerzijds algemene taken voor de hele kinderopvangsector en anderzijds taken als dienstverrichter in de kinderopvang.

De algemene taken omvatten onder meer het informeren van de bevolking over het aanbod in de kinderopvang, het vormen van netwerken in de kinderopvang en het bevorderen van inclusie en vroegkinderlijke ontwikkeling.

Het centrum wordt ook bevoegd voor de begeleiding en advisering van de zelfstandige (mede-)onthaalouders om de krachten in de kinderopvang te bundelen, dubbele structuren te vermijden en aldus gespecialiseerde begeleiding en advisering te kunnen aanbieden. De erkenning blijft een taak van de Regering.

Het centrum krijgt de opdracht een aanbod aan pedagogisch advies uit te werken voor alle dienstverrichters, maar deze zijn niet verplicht daarvan gebruik te maken.

De taken als dienstverrichter omvatten het aanbieden van kinderopvang met toepassing van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang. Het centrum is bevoegd voor het toewijzen van plaatsen binnen zijn eigen kinderopvang, net zoals het RZKB dat nu ook binnen zijn eigen kinderopvang doet. Daarbij wordt rekening gehouden met de toepasselijke wetgeving, in het bijzonder de artikelen 5 en 12 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, die enerzijds elke vorm van discriminatie verbieden en anderzijds de Regering machtigen om prioriteitscriteria vast te stellen bij de toewijzing van plaatsen in de kinderopvang.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt dat de Regering uitvoeringsbepalingen kan vaststellen met betrekking tot de in artikel 6 omschreven taken.

Artikel 8

Bij dit artikel wordt de raad van bestuur opgericht. Er wordt bepaald dat naast de vertegenwoordigers van werknemers en werkgevers, ook de ziekenfondsen, vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld, de gemeenten en een vertegenwoordiger van de in artikel 14 genoemde adviescommissie stemgerechtigde leden zijn in de raad van bestuur.

Naast de dertien stemgerechtigde leden van de raad van bestuur nemen ook de regeringscommissarissen met de voorrechten bepaald in het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, een vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de afgevaardigd directeur van het centrum deel aan de vergaderingen van de raad van bestuur.

Artikel 9

Dit artikel regelt de aanwijzing van de leden van de raad van bestuur en bepaalt welke organisaties het recht hebben om leden voor te dragen, hoeveel leden van hetzelfde geslacht mogen zijn en welke onverenigbaarheden er gelden voor de stemgerechtigde leden.

Artikel 10

Deze bepaling regelt de duur van het mandaat van een lid en zijn eventuele vervroegde uittreding.

Artikel 11

Deze bepaling regelt het quorum en de besluitvorming binnen de raad van bestuur. Een stemgerechtigd lid kan zich door een ander stemgerechtigd lid laten vertegenwoordigen, als hij het andere stemgerechtigd lid daartoe volmacht geeft.

Artikel 12

Bij deze bepaling wordt de raad van bestuur aangewezen als hoogste beslissingsorgaan van het centrum, wordt de mogelijkheid geboden om volmachten te delegeren en krijgt de Regering de opdracht het advies van de raad van bestuur in te winnen over elk voorontwerp van decreet waarbij dit decreet wordt gewijzigd.

Artikel 13

Dit artikel bepaalt dat de werking van de raad van bestuur wordt geregeld in een huishoudelijk reglement.

Artikel 14

Bij dit artikel wordt een adviescommissie voor kinderopvang opgericht.

Artikel 15

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de adviescommissie. De adviescommissie omvat als stemgerechtigde leden één vertegenwoordiger van:

- het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;
- het centrum voor bevorderingspedagogiek;
- de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
- de dienstverrichters (zoals onthaalouderhuizen en initiatieven voor occasionele kinderopvang);
- de aangesloten onthaalouders;
- de personen van het centrum die werkzaam zijn in de kinderopvang, met uitzondering van de aangesloten onthaalouders;
- en de ouders van de opgevangen kinderen.

De Regering zal één lid van de overkoepelende organisatie van de zelfstandige begeleiders van kindercollectiviteiten aanwijzen als vertegenwoordiger van de dienstverrichters en zal één lid van de vzw Vereinigung der Tagesmütter Ostbelgiens (VTO) aanwijzen als vertegenwoordiger van de aangesloten onthaalouders.

Als leden met raadgevende stem worden één vertegenwoordiger van het centrum en één vertegenwoordiger van de Regering aangewezen.

Artikel 16

Dit artikel regelt de taken van de adviescommissie. De adviescommissie brengt advies uit op eigen initiatief of op verzoek van de raad van bestuur en doet aanbevelingen.

Artikel 17

Dit artikel regelt enkele aspecten van de werking van de adviescommissie en bepaalt dat de andere aspecten, in het bijzonder de bijeenroeping van de adviescommissie, worden geregeld in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur.

Artikel 18

Dit artikel bepaalt dat de leden van de adviescommissie weliswaar geen recht hebben op presentiegeld, maar wel recht hebben op reiskostenvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde regels.

Artikel 19

Naast de adviescommissie vermeld in artikel 14 kan de raad van bestuur inspraakorganen oprichten om de samenwerking van alle betrokkenen op de werkterreinen van het centrum te bevorderen. Die organen hebben tot taak de raad van bestuur structureel of ad hoc te ondersteunen bij zijn taken, het centrum te adviseren en te begeleiden, en op gestructureerde wijze overleg te plegen met de gebruikers van de diensten van het centrum en de actoren in de kinderopvang.

De raad van bestuur bepaalt de samenstelling en de taken van de inspraakorganen op onafhankelijke wijze, maar mag de bij decreet vastgelegde bevoegdheden van de raad van bestuur en van de adviescommissie daarbij niet inperken.

Artikel 20

De Regering benoemt de afgevaardigd directeur van het centrum en bepaalt zijn statuut.

Artikel 21

Dit artikel bepaalt de taken van de afgevaardigd directeur.

Artikel 22

Door dit artikel wordt de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden van toepassing op de ambtenaren van het centrum.

Artikel 23

Voor zover ze niet onder andersluidende wettelijke of decretale bepalingen vallen, moeten het centrum en andere personen die bij de uitvoering van dit ontwerp van decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Artikel 24

Dit artikel bepaalt dat het centrum wordt beschouwd als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de gegevens vermeld in artikel 25.

Artikel 25

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst te vermelden welke gegevenscategorieën voortaan zullen worden verwerkt. Het doel is om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren.

Artikel 26

Dit artikel regelt de duur van de verwerking van de verzamelde gegevens.

Artikel 27

Op grond van dit artikel kan de Regering zo nodig bepalen welke maatregelen noodzakelijk zijn om de persoonsgegevens te beveiligen.

Artikel 28

Dit artikel bepaalt dat het centrum, naast middelen uit de begroting van de Duitstalige Gemeenschap, ook andere inkomsten kan aanvaarden en ontvangen, zoals giften, maar vooral ook de tegemoetkomingen in de kosten die worden betaald door de personen belast met de opvoeding.

Voorts bepaalt het artikel dat de gemeenten jaarlijks in totaal 400.000 euro bijdragen in de kosten van het centrum. De verdeling wordt geregeld via een overeenkomst tussen de Regering, het centrum en de gemeenten. Bedoeling is dat deze kostenbijdrage in de plaats komt van de thans bij overeenkomst vastgelegde bijdrage van de gemeenten in de kosten van het RZKB. Nu is de kostenbijdrage van de gemeenten afhankelijk van het tekort van het RZKB en stijgt ze wanneer het RZKB nieuwe plaatsen en structuren in de kinderopvang creëert, maar in de toekomst wordt het bedrag ervan onafhankelijk van deze ontwikkelingen. Het totale bedrag wordt alleen geïndexeerd.

Artikel 29

Op basis van dit artikel kan de Regering het bedrag van de vergoeding van de leden van de raad van bestuur en van de deskundigen bepalen. Zo vormt dit artikel ook de rechtsgrondslag voor het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 30

Dit artikel bepaalt dat de invordering van niet-fiscale vorderingen van het centrum, dit wil zeggen de bedragen van de tegemoetkoming in de kosten die worden betaald door de personen belast met de opvoeding, met toepassing van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang kunnen worden uitgevoerd door de algemene administratie Inning en Invordering van de Federale Overheidsdienst Financiën.

Artikel 31

Dit artikel bepaalt dat de raad van bestuur een inventaris van de onroerende goederen van het centrum opstelt en aan de Regering bezorgt.

Artikel 32

Voor aangesloten onthaalouders bestaat er nu een doelgroepvermindering, dit is een verlaging van de verschuldigde werkgeversbijdragen. Die wordt uitgevoerd door de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid, in opdracht en ten laste van de Duitstalige Gemeenschap. Aangezien alleen het RZKB met aangesloten onthaalouders werkt, gebruikt alleen het RZKB die doelgroepvermindering. De doelgroepvermindering werd overgenomen naar aanleiding van de zesde staatshervorming.

Aangezien het centrum in de toekomst een dotatie zal ontvangen, zou dit leiden tot een financiering op basis van twee afzonderlijke rechtsgrondlagen (dotatie en doelgroepvermindering). Met het oog op administratieve vereenvoudiging wordt de doelgroepvermindering daarom opgeheven.

Artikel 33

Dit artikel bepaalt dat het decreet houdende het financieel reglement ook van toepassing is op het centrum.

Artikel 34

In het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang en in de uitvoeringsbesluiten ervan worden verscheidene regels voor de erkende dienstverrichters vastgelegd. Door dit artikel wordt het centrum gelijkgesteld met de erkende dienstverrichters, zodat die regels ook gelden voor het centrum, zonder dat het centrum een erkenningsprocedure hoeft te doorlopen. De dienstverrichters van het centrum, dit zijn de crèches, de locaties voor buitenschoolse opvang en de dienst voor onthaalouders, vallen echter wel onder de normale erkenningsprocedure.

Artikel 35

Met toepassing van artikel 12 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang kan de Regering prioriteitscriteria vaststellen voor de toewijzing van kinderopvangplaatsen bij gesubsidieerde dienstverrichters. Dit artikel bepaalt dat de Regering ook prioriteitscriteria voor het centrum kan vaststellen.

Artikel 36

De artikelen 36 tot 39 vervangen en vernieuwen de bepalingen inzake gegevensbescherming van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang.

Artikel 36 bepaalt dat de Regering, de dienstverrichters, de inspecteurs en de externe deskundigen worden beschouwd als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de gegevens vermeld in artikel 37.

Artikel 37

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst te vermelden welke gegevenscategorieën voortaan zullen worden verwerkt. Het doel is om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren.

Artikel 38

Dit artikel regelt de duur van de verwerking van de verzamelde gegevens.

Artikel 39

Op grond van dit artikel kan de Regering zo nodig bepalen welke maatregelen noodzakelijk zijn om de persoonsgegevens te beveiligen.

Artikel 40

Dit artikel bepaalt dat het centrum met raadgevende stem deelneemt aan de vergaderingen van de Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang.

Artikel 41

Bij dit artikel wordt de uitvoeringsbepaling van de in de toelichting bij artikel 32 vermelde doelgroepvermindering voor aangesloten onthaalouders opgeheven.

Artikel 42

Het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap neemt de activiteiten van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) over. De overdracht van diverse rechten, plichten, goederen en lasten zal formeel moeten worden geregeld in een overeenkomst met het RZKB, met behoud van de toepassing van andere formaliteiten (zoals de notariële bekrachtiging van de overdracht van onroerende goederen).

In afwijking daarvan bepaalt het artikel dat de personeelsleden van het RZKB die op het tijdstip van de inwerkingtreding van het decreet in dienst zijn van het RZKB, op grond van een desbetreffend aanbod van het centrum, op basis van een arbeidsovereenkomst in dienst worden genomen bij het

centrum en dat zij in dat geval ten minste het bezoldigingspakket behouden dat ze op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet hadden.

Voorts bepaalt het artikel dat de aangesloten onthaalouders, op basis van een aanbod van het centrum, bij het centrum in dienst worden genomen met een arbeidsovereenkomst of bij het centrum werken als aangesloten onthaalouder.

Tot slot bepaalt het artikel dat de afgevaardigd directeur die bij inwerkingtreding van het decreet verantwoordelijk is voor het RZKB gedurende een overgangsperiode van ten hoogste drie jaar de taken van de afgevaardigd directeur van het centrum uitoefent, om de continuïteit van de leiding van de nieuwe instelling op korte termijn te waarborgen. In die periode zal het centrum de statutaire betrekking van directeur overeenkomstig de geldende rechtspositieregelingen en via een dienovereenkomstige SELOR-procedure kunnen uitschrijven en invullen. De vermelde directeur van het RZKB zal dan uiteraard ook naar die betrekking kunnen solliciteren, voor zover hij aan de statutaire voorwaarden voldoet.

Gedurende de periode van 1 juni 2023 tot de inwerkingtreding van dit decreet worden de taken van de afgevaardigd directeur, op basis van een aanbod van het centrum, uitgeoefend door de op dat moment verantwoordelijke afgevaardigd directeur van de vzw RZKB. Dat geschiedt gratis of in het kader van de werkzaamheid en bezoldiging als directeur van de vzw RZKB.

Artikel 43

Dit artikel bepaalt dat de erkende dienstverrichters van het RZKB hun erkenning behouden, ongeacht het feit dat ze door het centrum zijn overgenomen.

Artikel 44

Dit artikel bepaalt dat het centrum geen subsidies kan ontvangen op basis van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, aangezien het een dotatie zal krijgen.

Artikel 45

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van dit ontwerp van decreet. Opdat het centrum reeds enige voorbereidingen kan treffen voordat het zijn in artikel 6 bepaalde taken opneemt, bijvoorbeeld de personeelsleden van de vzw RZKB een arbeidsovereenkomst aanbieden, is het de bedoeling dat sommige artikelen op 1 juni 2023 in werking treden, zodat het centrum bestaat vanaf juni 2023. De Regering bepaalt wanneer de andere artikelen in werking treden.

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
LYDIA KLINKENBERG

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2 – Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° adviescommissie: de adviescommissie voor kinderopvang vermeld in artikel 14 van dit decreet;

2° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

3° dienstverrichter: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 3°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, de natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger kinderopvang aanbiedt;

4° persoon die werkzaam is in de kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 4°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, de natuurlijke persoon die als dienstverrichter of in opdracht van een dienstverrichter werkzaam is en zelf kinderen opvangt of direct en regelmatig met opgevangen kinderen in contact komt;

5° crèche: dienstverrichter die baby's en peuters in collectieve vorm opvangt, waarbij de Regering een minimale opvangcapaciteit bepaalt;

6° aangesloten onthaalouder: persoon die werkzaam is in de kinderopvang en die in opdracht van een dienst voor onthaalouders - zonder door een arbeidsovereenkomst met die dienst verbonden te zijn en zonder onder een statutaire dienstverhouding te vallen - bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

7° zelfstandige onthaalouder: dienstverrichter en persoon die werkzaam is in de kinderopvang die zelfstandig, in het kader van een opvangcontract, bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

8° zelfstandige mede-onthaalouders: vereniging zonder rechtspersoonlijkheid van hoogstens drie reeds erkende zelfstandige onthaalouders op een plaats voor gemeenschappelijke kinderopvang;

9° locatie voor buitenschoolse opvang: dienstverrichter die kinderopvang buiten de schooltijd en op pedagogische conferentiedagen aanbiedt;

10° dienst voor onthaalouders: dienstverrichter die bij voorrang in de opvang van baby's en peuters en eventueel in buitenschoolse opvang op de woonplaats van het begeleidend personeel of door aangesloten onthaalouders voorziet;

11° centrum: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2 – OPRICHTING VAN HET CENTRUM

Art. 4 – Oprichting

Er wordt een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht.

Het centrum bezit rechtspersoonlijkheid en behoort tot de instellingen van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. Het is onderworpen aan de bepalingen van dit decreet.

Het centrum is gevestigd in het Duitse taalgebied.

HOOFDSTUK 3 – TAKEN VAN HET CENTRUM

Art. 5 – Beginsel van de verscheidenheid

In het kader van dit decreet ziet het centrum erop toe dat een kwalitatief hoogstaande en wetenschappelijk gefundeerde kinderopvang en vroegkinderlijke ontwikkeling, alsook pluraliteit en verscheidenheid in de kinderopvang de basis vormen van de uitoefening van zijn taken.

Art. 6 – Taken

Het centrum vervult de volgende algemene taken:

1° de bevolking algemeen informeren over de maatregelen en het aanbod op het gebied van kinderopvang;

2° voor bewustwording en public relations op het gebied van kinderopvang zorgen;

3° op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of van de Regering behoefteanalysen uitwerken en op basis daarvan aanbevelingen doen om het aanbod aan te passen;

4° informatie-uitwisseling en netwerkvorming tussen de dienstverrichters bevorderen en begeleiden;

5° studies en onderzoeken op het gebied van kinderopvang uitvoeren of in opdracht geven;

6° bijscholing en voortgezette opleidingen voor de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang bevorderen;

7° de Duitstalige Gemeenschap in opdracht van de Regering vertegenwoordigen in Belgische, Europese of internationale organen en samenwerkingsovereenkomsten sluiten met overheden en instellingen in het binnenland en in het buitenland;

8° de zelfstandige onthaalouders en de zelfstandige mede-onthaalouders, in het bijzonder voordat ze hun opvangactiviteit aanvangen, begeleiden en adviseren omtrent de inrichting van de opvangruimten in overeenstemming met de wettelijke bepalingen, de uitwerking van hun pedagogisch concept en de juridische en fiscale randvoorwaarden;

9° het opstellen van adviezen inzake de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering of inzake het behoud, de verlenging, de wijziging, de schorsing of de intrekking van de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering;

10° de dienstverrichters pedagogisch advies aanbieden;

11° inclusie in de kinderopvang bevorderen;

12° vroegkinderlijke ontwikkeling in de kinderopvang stimuleren.

Het centrum vervult de volgende taken als dienstverrichter:

1° kinderopvang aanbieden met toepassing van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, in het bijzonder via diensten voor onthaalouders, crèches en locaties voor buitenschoolse opvang;

2° innovatieve proefprojecten op het gebied van kinderopvang uitvoeren;

3° de kwaliteit en het klachtenbeheer van de eigen dienstverrichtingen waarborgen;

4° de kinderopvangplaatsen in het opvangaanbod van het centrum toewijzen aan de personen belast met de opvoeding.

Bij het uitoefenen van zijn opdracht werkt het centrum nauw samen met alle partners die werkzaam zijn op het gebied van kinderopvang.

De Regering kan het centrum met de uitvoering van aanvullende opdrachten belasten, voor zover die betrekking hebben op het bevoegdheidsgebied van het centrum dat in dit decreet wordt afgebakend.

Art. 7 – Uitvoering van de taken

De Regering kan nog andere raamvoorwaarden voor de uitvoering van de taken vermeld in dit hoofdstuk vastleggen, met inbegrip van eventuele procedurebepalingen.

HOOFDSTUK 4 – BESTUUR VAN HET CENTRUM

Afdeling 1 – Raad van bestuur

Art. 8 – Samenstelling

§ 1 – De raad van bestuur van het centrum is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:
1° twee vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties;
2° twee vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;
3° drie vertegenwoordigers van de ziekenfondsen:
4° vier vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld;
5° een vertegenwoordiger van de gemeenten;
6° een vertegenwoordiger van de adviescommissie vermeld in artikel 14.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur:
1° de regeringscommissarissen vermeld in artikel 88 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;
2° één vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
3° de afgevaardigd directeur van het centrum, tenzij de raad van bestuur voor een bepaalde vergadering anders daarover beslist.

De raad van bestuur kan ad hoc deskundigen met raadgevende stem voor zijn vergaderingen uitnodigen.

§ 2 – De raad van bestuur kiest uit zijn stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een voorzitter en een plaatsvervangend voorzitter.

Art. 9 – Aanwijzing van de leden

De Regering wijst de volgende leden aan:
1° de leden vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 1°, op voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;
2° de leden vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 2°, op voordracht van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;
3° de leden vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 3°, op voordracht van de ziekenfondsen;
4° de leden vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 4°, en tweede lid, 2°;

5° het lid vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 5°, op voordracht van de gemeenten;
6° het lid vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, 6°, op voordracht van de adviescommissie.

Niet meer dan twee derde van de leden vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, mag van hetzelfde geslacht zijn.

De hoedanigheid van lid van de raad van bestuur is niet verenigbaar met de hoedanigheid van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van het parlement van een gemeenschap of gewest of van een regering. Bovendien mag een lid van de raad van bestuur geen provinciegouverneur of geen personeelslid van het centrum zijn, onverminderd artikel 8, § 1, tweede lid, 3°.

Art. 10 – Duur van het mandaat

De leden van de raad van bestuur worden aangewezen voor vijf jaar. Hun mandaat kan worden verlengd. Een lid kan niet voor twee opeenvolgende mandaten als vertegenwoordiger van de adviescommissie worden aangewezen.

Het mandaat van de leden van de raad van bestuur eindigt door overlijden, vrijwillig ontslag, verval van de burgerlijke of politieke rechten, verlies van het mandaat van de verenigingen, instellingen, diensten of groeperingen die kandidaten mogen voordragen of als één van de onverenigbaarheden bepaald in artikel 9, tweede lid, zich voordoet.

Elk lid dat de raad van bestuur vóór de beëindiging van zijn mandaat verlaat, wordt vervangen. Het nieuwe lid doet het mandaat van zijn voorganger uit.

Art. 11 – Besluitvorming

De raad van bestuur kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Ongeacht het aantal aanwezige of vertegenwoordigde stemgerechtigde leden kan hij geldige besluiten nemen over punten die voor de tweede keer op de agenda staan.

De besluiten van de raad van bestuur worden genomen bij absolute meerderheid van de uitgebrachte stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Art. 12 – Taken

De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden die noodzakelijk zijn voor de inhoudelijke en strategische vormgeving en voor de organisatie en het bestuur van het centrum. Hij zorgt voor een klachtenbeheer.

Hij kan in zijn huishoudelijk reglement vastleggen dat beslissingsbevoegdheden worden overgedragen aan de afgevaardigd directeur of aan andere personeelsleden van het centrum.

De Regering wint het advies van de raad van bestuur in over elk ontwerp van decreet waarbij dit decreet wordt gewijzigd. De raad van bestuur is verplicht zijn advies binnen 60 dagen na de aanvraag uit te brengen, tenzij een andere termijn is overeengekomen.

Art. 13 – Huishoudelijk reglement

De raad van bestuur stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring voor aan de Regering.

Afdeling 2 – Adviescommissie voor kinderopvang en inspraakorganen

Art. 14 – Oprichting van een adviescommissie voor kinderopvang

Er wordt een adviescommissie voor kinderopvang opgericht.

Art. 15 – Samenstelling van de adviescommissie

§ 1 – De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd:
1° één vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;
2° één vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
3° één vertegenwoordiger van het Centrum voor bevorderingspedagogiek;
4° één vertegenwoordiger van de dienstverrichters in de opvang van baby's en peuters, met uitzondering van het centrum;
5° één vertegenwoordiger van de aangesloten onthaalouders;
6° één vertegenwoordiger van de personen van het centrum die werkzaam zijn in de kinderopvang, met uitzondering van de aangesloten onthaalouders;
7° één vertegenwoordiger van de ouders van de opgevangen kinderen.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur:
1° één vertegenwoordiger van het centrum;
2° één vertegenwoordiger van de Regering.

Het centrum stelt de notulen van de vergaderingen van de adviescommissie op.

§ 2 – De adviescommissie kiest uit haar stemgerechtigde leden een voorzitter voor de duur van het mandaat.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 3°, worden aangewezen op de voordracht van hun in de adviescommissie vertegenwoordigde instelling.

§ 4 – De leden van de adviescommissie worden aangewezen voor vijf jaar. Hun mandaat kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag kan de Regering op verzoek van de betrokken instelling het mandaat van een lid beëindigen voordat de normale duur van het mandaat verstreken is.

Bij ontslag van een lid doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het vertrekkende lid uit.

§ 5 – De adviescommissie kan ad hoc deskundigen met raadgevende stem voor haar vergaderingen uitnodigen.

Art. 16 – Taken van de adviescommissie

De adviescommissie heeft de volgende taken:

1° op eigen initiatief of op verzoek van de raad van bestuur advies verstrekken of aanbevelingen doen omtrent aangelegenheden die door dit decreet worden geregeld, zonder afbreuk te doen aan de bevoegdheid van andere organen waarop de Regering een beroep doet;

2° op verzoek van de raad van bestuur advies verlenen over alle aangelegenheden die verband houden met de bevoegdheden inzake inhoudelijke en strategische vormgeving van het toepassingsgebied van het decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 17 – Werking van de adviescommissie

De werking van de adviescommissie wordt geregeld in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur dat in artikel 13 wordt vermeld. In het huishoudelijk reglement wordt in het bijzonder de bijeenroeping van de vergaderingen van de adviescommissie geregeld.

De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de aangewezen leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Ongeacht het aantal aanwezige of vertegenwoordigde leden kan de adviescommissie geldige besluiten nemen over punten die voor de tweede keer op de agenda staan.

De besluiten van de adviescommissie worden genomen bij absolute meerderheid van de uitgebrachte stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Art. 18 – Vergoedingen

De leden van de adviescommissie ontvangen geen presentiegeld. Ze hebben recht op reiskostenvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

Art. 19 – Oprichting van inspraakorganen

De raad van bestuur kan inspraakorganen oprichten die hem bij de vervulling van zijn taken adviseren en begeleiden.

De raad van bestuur bepaalt de samenstelling en de taken van de inspraakorganen, maar mag de bij decreet vastgelegde bevoegdheden van de raad van bestuur en van de adviescommissie daarbij niet inperken.

Afdeling 3 – Afgevaardigd directeur en personeel

Art. 20 – Benoeming

De Regering benoemt de afgevaardigd directeur van het centrum en bepaalt zijn statuut.

Art. 21 – Taken

De afgevaardigd directeur voert de beslissingen van de raad van bestuur uit. Hij leidt het personeel en zorgt voor het dagelijks bestuur van het centrum binnen de perken van de volmachten die hem door het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur zijn verleend.

De afgevaardigd directeur bereidt de vergaderingen van de raad van bestuur voor, verstrekt hem alle inlichtingen en legt hem alle voorstellen voor die voor het functioneren van het centrum nuttig zijn.

De afgevaardigd directeur vertegenwoordigt het centrum in gerechtelijke en buitengerechtelijke aangelegenheden. Met instemming van de raad van bestuur kan hij delen van zijn bevoegdheden overdragen aan één of meer personeelsleden.

In geval van gerechtvaardigde spoed oefent de afgevaardigd directeur de bevoegdheden van de raad van bestuur uit binnen de perken die in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur zijn vastgelegd. Hij brengt daarover verslag uit op de eerstvolgende vergadering van de raad van bestuur.

Art. 22 – Pensioen

De ambtenaren van het centrum, met inbegrip van de afgevaardigd directeur, vallen onder de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

HOOFDSTUK 5 – VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 23 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten het centrum en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd werden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 24 – Verwerking van persoonsgegevens

Het centrum is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 25. Het centrum geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens.

Het centrum mag de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van zijn wettelijke en decretale opdrachten die verband houden met dit decreet.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens.

Art. 25 – Gegevenscategorieën

§ 1 – Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 6°, namelijk het bevorderen van bijscholing en voortgezette opleidingen, met betrekking tot personen die werkzaam zijn in de kinderopvang:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens inzake einddiploma en opleiding.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 8°, namelijk het adviseren en begeleiden van de zelfstandige onthaalouders en de zelfstandige mede-onthaalouders voordat ze hun opvangactiviteit aanvangen, met betrekking tot die zelfstandige onthaalouders en zelfstandige mede-onthaalouders:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over de samenstelling van het gezin;

3° gegevens over de arbeidsverhouding.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 9°, namelijk het opstellen van adviezen inzake de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering of inzake het behoud, de verlenging, de wijziging, de schorsing of de intrekking van de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering:

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;

d) gezondheidsgegevens;

e) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

f) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;

d) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

e) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende de zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders, alsook betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;

d) gegevens over de arbeidsverhouding;

e) gegevens over vroegere of andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;

f) gezondheidsgegevens;

g) gevoelige gegevens;

h) gerechtelijke gegevens;

i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

k) gegevens inzake einddiploma en opleiding;

4° betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang:

a) identiteitsgegevens;

b) gezondheidsgegevens;

c) gerechtelijke gegevens.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 10°, namelijk pedagogisch advies geven aan de dienstverrichters, met betrekking tot de personeelsleden van het centrum en de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens inzake einddiploma en opleiding.

De persoonsgegevens die in het kader van de taken vermeld in artikel 6, tweede lid, worden verwerkt, worden overeenkomstig het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang verwerkt.

§ 2 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in het eerste tot vierde lid preciseren.

Art. 26 – Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 24 verwerkte gegevens mogen tot ten hoogste twee jaar na het einde van de activiteiten van de personen vermeld in artikel 25, eerste tot vierde lid, worden bewaard in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 27 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 6 – FINANCIËLE BEPALINGEN

Art. 28 – Financiële middelen van het centrum

§ 1 – Voor de uitvoering van zijn taken beschikt het centrum over de middelen die daartoe in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap zijn uitgetrokken. Het centrum mag schenkingen en legaten aanvaarden en alle andere inkomsten ontvangen.

Het centrum verricht zijn in dit decreet genoemde diensten binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

§ 2 – De gemeenten van het Duitse taalgebied betalen een jaarlijkse bijdrage van in totaal 400.000 euro aan het centrum. De verdeling van dat bedrag onder de gemeenten wordt geregeld via een overeenkomst tussen de Regering, het centrum en de gemeenten.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks aangepast aan het groeipercentage van het gemiddelde indexcijfer van de consumptieprijzen van het betrokken begrotingsjaar.

Art. 29 – Vergoedingen

De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen die worden toegekend aan de leden van de raad van bestuur en aan de deskundigen.

Art. 30 – Beroep op de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

Het centrum kan de bedragen die op grond van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang moeten worden gevorderd, invorderen overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 31 – Inventaris van de onroerende goederen

De raad van bestuur stelt een inventaris op van alle onroerende goederen van het centrum, met vermelding van herkomst en bestemming. Hij bezorgt die inventaris aan de Regering.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het opstellen van die inventaris.

De inventaris wordt voortdurend bijgewerkt door de raad van bestuur. Elke wijziging of aanpassing wordt jaarlijks, samen met het begrotingsvoorstel, meegedeeld aan de regeringscommissaris, die deze documenten overzendt aan de Regering.

HOOFDSTUK 7 – SLOTBEPALINGEN

Art. 32 – Wijzigingsbepaling

Artikel 353bis/12 van de programmawet (I) van 24 december 2002, ingevoegd bij de wet van 24 april 2014, wordt opgeheven.

Art. 33 – Wijzigingsbepaling

In artikel 87, § 2, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 31 maart 2014 en 13 december 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende:

"7° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 34 – Wijzigingsbepaling

Artikel 6 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid wordt het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap van rechtswege als erkend beschouwd."

Art. 35 – Wijzigingsbepaling

In artikel 12, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "dienstverrichters" vervangen door de woorden "dienstverrichters en het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 36 – Wijzigingsbepaling

Artikel 15 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 15 – Verwerking van persoonsgegevens

De Regering, de dienstverrichters en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen zijn, elk wat haar of hem betreft, verantwoordelijk voor de in dit decreet vermelde verwerkingen van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

1° de Regering voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 2 en vermeld in de artikelen 12, 16 en 16.5;

2° de dienstverrichters voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 2 en vermeld in de artikelen 12 en 16;

3° de inspecteurs en externe deskundigen voor het vervullen van de taken vermeld in artikel 17.

De Regering, de dienstverrichters, de inspecteurs en de externe deskundigen mogen de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten in verband met dit decreet.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens."

Art. 37 – Wijzigingsbepaling

In hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt een artikel 15.1 ingevoegd, luidende:
"Art. 15.1 – Gegevenscategorieën

De Regering kan de volgende categorieën van persoonsgegevens overeenkomstig artikel 15 verwerken met het oog op het verlenen, schorsen of intrekken van erkenningen overeenkomstig hoofdstuk 2, het controleren van de erkenningsvoorwaarden overeenkomstig artikel 12, het klachtenbeheer overeenkomstig artikel 16 en het toekennen van het attest voor belastingvermindering vermeld in artikel 16.5:

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;
c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
d) gezondheidsgegevens;
e) gegevens over de sociale situatie;
f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
g) gegevens over de benutting van de dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;
c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
d) gegevens over de sociale en financiële situatie;
e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in het eerste lid behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens;

4° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook eventueel betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;
c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;
d) gegevens over de arbeidsverhouding;
e) gegevens over vroegere of andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;
f) gezondheidsgegevens;
g) gevoelige gegevens;
h) gerechtelijke gegevens;
i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

k) gegevens inzake einddiploma en opleiding;

5° betreffende de personeelsleden van de dienstverrichters die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;

c) gegevens over de arbeidsverhouding;

6° betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang:

a) identiteitsgegevens;

b) gezondheidsgegevens;

c) gerechtelijke gegevens.

De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 15 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op de organisatie en het beheer van het aanbod aan kinderopvang overeenkomstig dit decreet te verwerken

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;

d) gezondheidsgegevens;

e) gegevens over de sociale situatie;

f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

g) gegevens over de benutting van de dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;

d) gegevens over de sociale en financiële situatie;

e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in het eerste lid behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens.

De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 15 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken om na te gaan of is voldaan aan de voorwaarden voor het verkrijgen of behouden van een erkenning die overeenkomstig hoofdstuk 2 is aangevraagd en om de subsidievoorwaarden te controleren:

1° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook eventueel betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;

d) gegevens over de arbeidsverhouding;

e) gegevens over vroegere en andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;
f) gezondheidsgegevens;
g) gevoelige gegevens;
h) gerechtelijke gegevens;
i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
k) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
2° betreffende personeelsleden die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
c) gegevens over de arbeidsverhouding;
3° betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang:
a) identiteitsgegevens;
b) gezondheidsgegevens;
c) gerechtelijke gegevens.

De overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 15 volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op de begeleiding, advisering en controle bedoeld in artikel 17:
1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;
c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
d) gezondheidsgegevens;
e) gegevens over de sociale situatie;
f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
g) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;
c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
d) gegevens over de sociale en financiële situatie;
e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in het eerste lid behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens.
4° betreffende de personeelsleden van de dienstverrichters die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
5° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook eventueel betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:
a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
d) gegevens over de arbeidsverhouding;
e) gegevens over de gezondheid van de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
f) gevoelige gegevens over de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
g) gerechtelijke gegevens over de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
j) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
k) gegevens over de woonplaats, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;
6° betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang:
a) identiteitsgegevens;
b) gezondheidsgegevens;
c) gerechtelijke gegevens.

De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in het eerste en vierde lid preciseren.

Art. 38 – Wijzigingsbepaling

In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 15.2 ingevoegd, luidende:
"Art. 15.2 – Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 15.1 verwerkte gegevens mogen tot ten hoogste tien jaar na beëindiging van de kinderopvang worden bewaard in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd."

Art. 39 – Wijzigingsbepaling

In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 15.3 ingevoegd, luidende:
"Art. 15.3 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk."

Art. 40 – Wijzigingsbepaling

In artikel 16.2, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:
1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;
2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:
"5° een vertegenwoordiger van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 41 – Wijzigingsbepaling

Artikel 28/13 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en

vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 24 april 2014, wordt opgeheven.

Art. 42 – Overgangsbepaling

§ 1 – De personeelsleden van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die zich op het tijdstip van de inwerkingtreding van het decreet in een arbeidsverhouding met die vzw bevinden, worden bij het centrum in dienst genomen met een arbeidsovereenkomst op basis van een aanbod van het centrum.

In afwijking van het eerste lid bestaan de volgende mogelijkheden voor de aangesloten onthaalouders die op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet op basis van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang zijn erkend: op basis van een aanbod van het centrum bij het centrum in dienst worden genomen met een arbeidsovereenkomst of in opdracht van het centrum als aangesloten onthaalouder werken.

§ 2 – Met behoud van de toepassing van de rechtspositionele bepalingen die de Regering heeft vastgelegd op basis van artikel 102 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de personeelsleden vermeld in § 1, eerste lid, in dat geval minstens het bezoldigingspakket dat ze hadden op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet.

§ 3 – De afgevaardigd directeur van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet verantwoordelijk is, wordt op basis van een aanbod van het centrum bij het centrum in dienst genomen met een arbeidsovereenkomst om ambtshalve de in artikel 21 vermelde taken van de afgevaardigd directeur van het centrum uit te oefenen voor een periode van ten hoogste drie jaar.

Gedurende de periode van 1 juni 2023 tot de inwerkingtreding van het decreet worden de in artikel 21 vermelde taken van de afgevaardigd directeur op grond van een desbetreffend aanbod van het centrum uitgeoefend door de op dat moment verantwoordelijke afgevaardigd directeur van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung.

Als het aanbod vermeld in het tweede lid wordt afgewezen, vervult de voorzitter van de raad van bestuur de in artikel 21 vermelde taken van de afgevaardigd directeur gedurende de periode vermeld in het tweede lid.

Art. 43 – Overgangsbepaling

De crèches, de locaties voor buitenschoolse opvang en de diensten voor onthaalouders van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die erkend zijn op grond van de artikelen 7 en 8 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, behouden hun erkenning, onverminderd dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 44 – Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 12 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang kan het centrum geen binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen toegekende subsidies voor kinderopvang ontvangen.

Art. 45 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op een door de Regering te bepalen datum, met uitzondering van de artikelen 1 tot 5, de artikelen 8 tot 27 en artikel 33, die in werking treden op 1 juni 2023.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG

ADVIES 221/2022 VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

ADVIES VAN DE VZW REGIONALZENTRUM FÜR KLEINKINDBETREUUNG

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.